Deutscher Bundestag

17. Wahlperiode 18. 10. 2010

Beschlussempfehlung

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

zu dem Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2011 (Haushaltsgesetz 2011)

- Drucksache 17/2500 -

hier: Einzelplan 04

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

Der Bundestag wolle beschließen,

den Entwurf des Einzelplans 04 mit den aus anliegender Zusammenstellung* ersichtlichen Änderungen und den sich daraus ergebenden Änderungen der Abschlusssummen, im Übrigen unverändert nach der Vorlage – Drucksache 17/2500 Anlage –, anzunehmen.

Berlin, den 6. Oktober 2010

Der Haushaltsausschuss

Petra Merkel (Berlin) Vorsitzende und Berichterstatterin	Norbert Barthle Berichterstatter	Rüdiger Kruse Berichterstatter	Dr. h. c. Jürgen Koppelin Berichterstatter
	Dr. Gesine Lötzsch Berichterstatterin	Priska Hinz (Herborn) Berichterstatterin	

^{*} Die Beschlüsse des Haushaltsausschusses zu den zurückgestellten Titeln folgen in einer Ergänzung zu dieser Beschlussempfehlung, die in Einzelfällen auch Änderungen zu bereits gefassten Beschlüssen enthalten kann.

Zusammenstellung

des Entwurfs des Einzelplans 04 Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes - Drucksache 17/2500 Anlage mit den Beschlüssen des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

Beschlüsse des 8. Ausschusses Entwurf Geldansätze bei Einnahmen und Ausgaben sowie bei Verpflichtungsermächtigungen in 1 000 € Kapitel 0405 - Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien Tgr. 02 Kulturförderung im Inland Tgr. 02 Kulturförderung im Inland Tit. 894 23 Reformationsjubiläum Verpflichtungsermächtigung 4 000 davon fällig: im Haushaltsjahr 2012 bis zu 2 000 im Haushaltsjahr 2013 bis zu 1 000 im Haushaltsjahr 2014 bis zu 1 000 Tit. 685 23 Reformationsjubiläum Verpflichtungsermächtigung 4 000 davon fällig: im Haushaltsjahr 2012 bis zu 2 000 im Haushaltsjahr 2013 bis zu 1 000 im Haushaltsjahr 2014 bis zu 1 000 1. Die Ausgaben sind übertragbar. 2. Aus den Ausgaben dürfen auch Investitionsausgaben geleistet werden. 3. Aus den Ausgaben dürfen auch sächliche Verwaltungsausgaben geleistet werden. Tgr. 06 Pflege des Geschichtsbewusstseins Tgr. 06 Pflege des Geschichtsbewusstseins Tit. 894 65 Baumaßnahme Freiheits- und Einheitsdenkmal Tit. 894 65 Baumaßnahme Freiheits- und Einheitsdenkmal Verpflichtungsermächtigung 9 000 Verpflichtungsermächtigung davon fällig: davon fällig: im Haushaltsjahr 2012 bis zu 5 000 im Haushaltsjahr 2012 bis zu 2 000 im Haushaltsjahr 2013 bis zu 4 000 im Haushaltsjahr 2013 bis zu 5 000

Entwurf Beschlüsse des 8. Ausschusses

Geldansätze bei Einnahmen und Ausgaben
sowie bei Verpflichtungsermächtigungen in 1 000 €

(noch Kap. 0405)

(noch Kap. 0405)					
Tgr. 07	Förderung kultureller Maßnahmen im Rahmen de § 96 BVFG und kulturelles Eigenleben fremde Volksgruppen	_	Förderung kultureller Maßnahmen im Rah § 96 BVFG und kulturelles Eigenleben Volksgruppen		
Tit. 684 71	Förderung der Erhaltung und Auswertung deutsche Kultur und Geschichte im östlichen Europa	Tit. 684 71	Förderung der Erhaltung und Auswertung Kultur und Geschichte im östlichen Europa	deutscher	
	Verpflichtungsermächtigung 1 250 davon fällig:		Verpflichtungsermächtigungdavon fällig:	2 250	
	im Haushaltsjahr 2012 bis zu		im Haushaltsjahr 2012 bis zuim Haushaltsjahr 2013 bis zu	1 250 1 000	

Kapitel 0407 - Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

Tit. 272 01 Einnahmen aus Zuschüssen der Europäischen Union

Tit. 272 01 Einnahmen aus Zuschüssen der Europäischen Union

Mehreinnahmen sind wegen bindender Vereinbarungen mit der EU zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Mehrausgaben bei folgendem Titel: 684 01.

Tit. 684 01 Verwendung der Zuschüsse der Europäischen Union zu Kosten von kulturellen Gemeinschaftsaufgaben

Tit. 684 01 Verwendung der Zuschüsse der Europäischen Union zu Kosten von kulturellen Gemeinschaftsaufgaben

- 1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei folgendem Titel geleistet werden: 272 01.
- 2. Aus den Ausgaben dürfen sächliche Verwaltungsausgaben geleistet werden.

